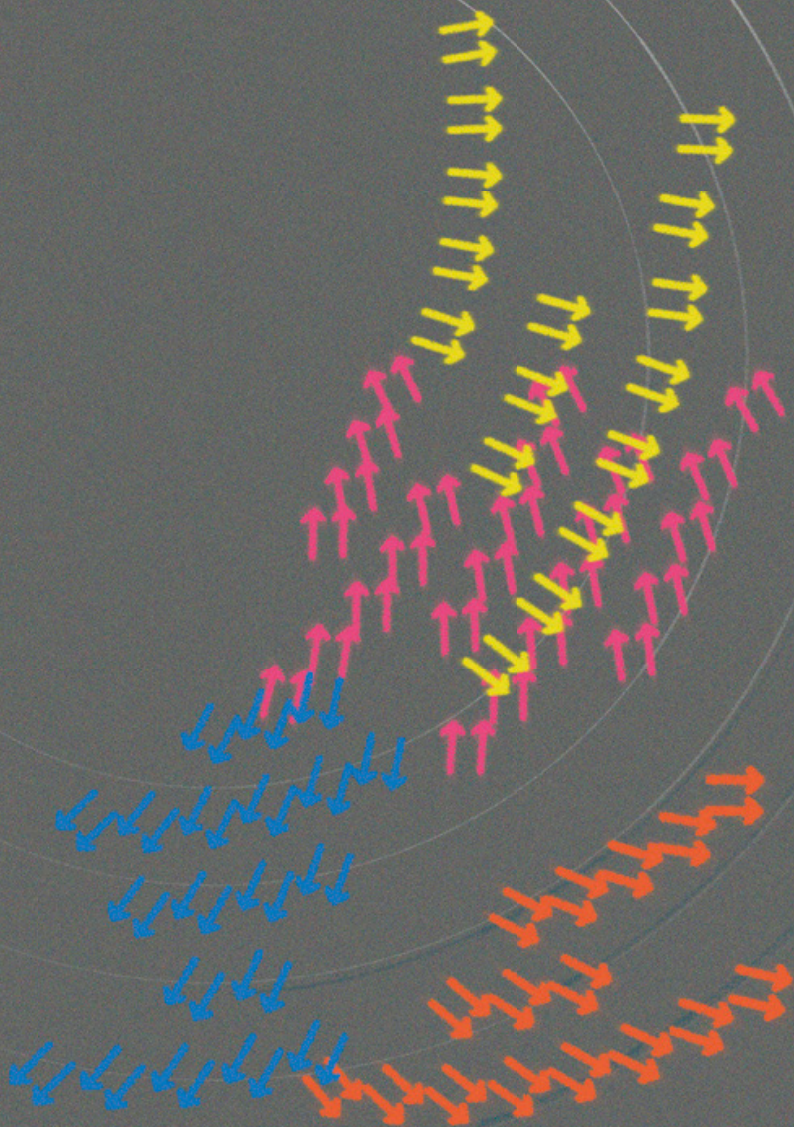


Pierre Rosanvallon

Die Gegen-Demokratie

Politik im Zeitalter des Misstrauens



Hamburger  Edition

Pierre Rosanvallon

Die Gegen-Demokratie

Politik im Zeitalter des Misstrauens

Aus dem Französischen von
Michael Halfbrodt



Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der E-Book-Ausgabe 2017 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-925-6
E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© der deutschen Ausgabe 2017 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-312-4

© der Originalausgabe 2014 [2006] by Éditions du Seuil
Titel der Originalausgabe: »La contre-démocratie.
La politique à l'âge de la défiance«

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Satz: Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

Misstrauen und Demokratie (Einleitung)	9
Die Misstrauensgesellschaft	11
Die drei Dimensionen der Gegen-Demokratie	17
Der Mythos vom passiven Bürger	23
Entpolitisiert oder unpolitisch?	26
Die Geschichte der Demokratie neu lesen	28
 I Die Überwachungsdemokratie	31
Überwachen, denunzieren, benoten	36
Die Wachsamkeit	36
Die Denunziation	43
Die Benotung	53
Die Aufpasser	57
Der wachsame Bürger	57
Der neue Aktivismus	60
Das Internet als politische Form	64
Funktionale Aufsicht durch unabhängige Behörden	68
Interne Prüfungs- und Bewertungsagenturen	70
Der Lauf der Geschichte	73
Drei Phasen	73
Demokratischer Dualismus: eine lange Geschichte	79
Die unmögliche Institutionalisierung	87
Legitimitätskonflikte	96
Feder und Tribüne	96
Die drei Legitimitäten	103
Die neuen Wege der Legitimität	105

II	Souveränität als Verhinderung	111
	Vom Widerstandsrecht zur komplexen Souveränität	116
	Widerstand und Zustimmung in mittelalterlichen Theorien	116
	Das Zeitalter der Reformation	118
	Aufklärung, negative Macht und die Volkstribunen	123
	Das Experiment der Französischen Revolution	126
	Fichte und die Idee eines modernen Ephorats	130
	Ein signifikantes Vergessen	134
	Die selbstkritischen Demokratien	137
	Klassenkampf als negative Politik	138
	Die Metamorphosen der Opposition	142
	Rebell, Widerstandskämpfer, Dissident	145
	Der Niedergang der kritischen Dimension in den Demokratien	152
	Die negative Politik	156
	Das Zeitalter der »Abwahlen«	156
	Prävention und Veto-Macht	162
	Schwache Demokratie	167
III	Das Volk als Richter	173
	Historische Referenzen	178
	Das Beispiel Griechenland	178
	Das englische <i>impeachment</i>	184
	Der amerikanische <i>recall</i>	188
	Die Quasi-Gesetzgeber	194
	Die demokratische Jury	194
	Die Produktion konkurrierender Normen	199
	Schattenlegislatoren	203
	Die Vorliebe für das Urteil	206
	Zur Verrechtlichung des Politischen	206
	Das Rechtfertigungsgebot	209
	Die Pflicht zur Entscheidung	211
	Der aktive Betrachter	212
	Die Macht der Theatralität	214
	Der Raum des Exemplarischen	216
	Wählen und Urteilen	218

IV Die unpolitische Demokratie	225
Ohnmachtsgefühle und Formen der Entpolitisierung	230
Das Zeitalter des Unpolitischen	230
Der Horizont der Transparenz	233
Die beiden Formen der Entpolitisierung	235
Die populistische Versuchung	241
Eine Pathologie der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie	241
Populismus und Gegen-Demokratie	243
Lektionen in unpolitischer Ökonomie	249
Ein Wort kehrt zurück	249
Die ökonomische Funktion der Überwachung	250
Der Markt oder Triumph des Vetos	256
Unpolitische Ökonomie	258
 Das gemischte System der Moderne (Schluss)	 263
Die neuen Wege der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie	264
Die Gegen-Demokratie konsolidieren	271
Die Demokratie repolitisieren	277
Das gemischte System der Moderne	283
Der Gelehrte und der Bürger	285
 Bibliografie	 287
Personenregister	309
Zum Autor	318

Misstrauen und Demokratie (Einleitung)

Das demokratische Ideal herrscht mittlerweile uneingeschränkt, und doch stehen die Systeme, die sich auf dieses Ideal berufen, fast überall unter heftiger Kritik. Das ist das große politische Problem unserer Zeit. Der Vertrauensverlust der Bürger in ihre Führer und in die politischen Institutionen ist deshalb eines der Phänomene, das die Politikwissenschaften in den letzten zwanzig Jahren am gründlichsten untersucht haben. Inzwischen liegt eine Reihe wichtiger – vergleichender wie länderspezifischer – Studien vor, die in dieser Angelegenheit eine eindeutige Diagnose zulassen. Auch die Analyse der zunehmenden Wahlenthaltung hat eine umfangreiche Literatur hervorgebracht. Bezeichnenderweise bleiben selbst die Demokratien jüngsten Datums von diesem Problem nicht verschont, wie die Situation in den Ländern des ehemals kommunistischen Ostblocks sowie in den einstigen Diktaturen Asiens oder Lateinamerikas belegt. Wie sind diese gemeinhin als Ausdruck einer »Krise«, eines »Unbehagens«, einer »Abkehr« oder eines »Versagens« wahrgenommenen Tatsachen zu bewerten? Heutzutage überwiegen Interpretationen, die häufig ein ganzes Sammelsurium von Gründen anführen, wie den wachsenden Individualismus und seine Konsequenzen, den ängstlichen Rückzug in die Privatsphäre, das Nachlassen des politischen Willens, den Aufstieg von Eliten, die immer weniger Bezug zum Volk haben. Häufig ist von einem »Niedergang des Politischen« zu hören, und die Schuld dafür wird mal bei den Regierenden gesucht, die verblendet seien oder sich ihrer Verantwortung entzögen, mal bei den Regierten, die resigniert seien oder jedes Interesse an der Politik verloren hätten. Es fehle etwas oder es sei etwas aufgegeben worden, wird beklagt; die

heutigen Demokratien seien von ihrem ursprünglichen Modell abgewichen oder hätten ihre anfänglichen Verheißungen verraten. Solche Einschätzungen sind heute allenthalben zu finden, sie verbinden mislaunige oder verbitterte Kommentare zur Gegenwart mit nostalgischer Sehnsucht nach einer maßlos idealisierten Vergangenheit der Bürgergesellschaft. Bisweilen braut sich in den Untiefen dieser Enttäuschung sogar ein dumpfer Hass auf die Demokratien zusammen.

Das vorliegende Werk verfolgt andere Spuren, um die gegenwärtige Verfasstheit der Demokratien zu verstehen. Es ist insbesondere darum bemüht, den Analyserahmen zu erweitern, indem es die Geburtsfehler der parlamentarischen Regierungsform in ein dynamisches Verhältnis zu den Reaktionen der Gesellschaft setzt. Denn historisch betrachtet ist die Demokratie stets als Versprechen und Problem zugleich in Erscheinung getreten. Als Versprechen auf ein System, das mit den Bedürfnissen der Gesellschaft in Einklang steht, einer Gesellschaft, die ihrerseits auf dem Wahrwerden eines doppelten Imperativs, dem der Gleichheit und der Unabhängigkeit, basiert. Als Problem insofern, als die Realität von der Umsetzung dieser hehren Ideale oft weit entfernt war. Selbst dort, wo man versucht hat, das demokratische Projekt zu verwirklichen, ist es entweder grob verfälscht, subtil verkürzt oder systematisch blockiert, jedenfalls nie zu Ende geführt worden. Streng genommen haben wir bisher eigentlich noch kein vollkommen »demokratisches« System erlebt. Die real existierenden Demokratien sind unvollendet geblieben, wenn nicht ins Gegenteil verkehrt worden, in einem Ausmaß freilich, das von Fall zu Fall stark variierte. Deshalb waren Enttäuschungen auch ständige Wegbegleiterinnen der Hoffnungen, die der Ausbruch aus der Welt der Abhängigkeit und des Despotismus genährt hatte. Der Grundsatz, Regierungen durch den Wählerwillen zu legitimieren, ging stets mit Misstrauensbekundungen der Bürger gegenüber den etablierten Mächten einher. Schon in dem berühmten *Agreement of the People*, dem ersten demokratischen Manifest der Neuzeit, das am 1. Mai 1649 in London veröffentlicht wurde, tritt dieser Dualismus von Vertrauen und Misstrauen auf exemplarische Weise zutage. Garantie der Bürgerrechte und der Religionsfreiheit, Einführung von Geschworenengerichten, allgemeines Wahlrecht, Beschränkung der Wahlmandate, strikte Unterord-

nung der militärischen unter die zivile Gewalt, Zugang aller zu öffentlichen Ämtern, all die Grundsätze, um derentwillen die Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts geführt wurden, finden sich bereits in diesem bahnbrechenden Text vorformuliert. Bezeichnenderweise spricht dieses Dokument jedoch zugleich von der »leidvollen Erfahrung« mit der Korruption der Mächtigen, von der Gefahr, dass sich, allen Vorkehrungen zum Trotz, Partikularinteressen durchsetzen und die Repräsentativregierung in eine neue Form von Herrschaft umschlägt. Die Bedingungen, unter denen eine Macht als legitim zu betrachten ist, werden also im gleichen Atemzug formuliert wie ein »Misstrauensvorbehalt« gegenüber jeder Macht.

Die Misstrauensgesellschaft

Die Geschichte der *realen* Demokratien ist von permanenten Spannungen und Konflikten nicht zu trennen. Diesem Umstand wurde auf zweierlei Weise Rechnung getragen. Zunächst durch eine Vielzahl von Vorschlägen und Experimenten, die darauf abzielten, die Defizite des Parlamentarismus auszugleichen. Indem man beispielsweise die Frequenz der Urnengänge erhöhte, direktdemokratische Mechanismen implementierte oder versuchte, die Rechenschaftspflicht der Mandatsträger zu verstärken. In jedem dieser Fälle ging es um eine Verbesserung der »Wahldemokratie«. Parallel dazu bildete sich ein komplexes Ensemble informeller gesellschaftlicher Praktiken, Prüfungen und Gegenkräfte, aber auch Institutionen, heraus, *das dazu gedacht war, den Vertrauensverlust durch eine organisierte Form von Misstrauen wettzumachen*. Man kann Demokratie weder denken noch ihre Geschichte erzählen, ohne diese Mechanismen zu behandeln.

Es sind somit zwei Dimensionen zu berücksichtigen, will man die Dynamik der diversen *demokratischen Experimente* korrekt erfassen: zum einen die Funktionalität und Dysfunktionalität der parlamentarisch-repräsentativen Institutionen, zum anderen die Herausbildung dieses Misstrauensuniversums. Bisher hat sich die Aufmerksamkeit der Historiker und politischen Theoretiker vornehmlich auf die erste Dimension konzentriert. Ich selbst habe eine systematische Erfassung dieses Feldes vorgenommen und in diesem Zusammenhang die Spannungen, die die Institutionen der Staatsbürgerschaft, der Repräsentation und der Souveränität strukturieren, eingehend

analysiert.¹ Jetzt ist es an der Zeit, sich der zweiten Dimension zuzuwenden. Sicherlich waren die diversen Äußerungen dieses Misstrauens schon oft genug Gegenstand punktueller Untersuchungen, die sich solchen Themen widmeten, wie der Geschichte der Widerstände gegen die Ausdehnung staatlicher Macht, der Soziologie des nachlassenden Bürgerengagements oder der Abkehr vom politischen System usw. Auf diese Weise gerieten einzelne Aktionsformen und spezifische Einstellungen in den Blick. Sie wurden jedoch nicht in einen Gesamtrahmen gestellt, sondern allenfalls auf eine sehr allgemeine und unverbindliche Art dem Kampf für ein Leben in einer gerechteren und freieren Welt zugeordnet. Gegenstand des vorliegenden Werkes ist hingegen, diese Misstrauensäußerungen in einem umfassenden Kontext zu betrachten, innerhalb dessen ihre grundlegendsten Eigenschaften ein zusammenhängendes und schlüssiges Ganzes ergeben, kurzum, sie als *Elemente eines politischen Systems* zu begreifen. Ziel ist es, auf dieser Grundlage zu einem erweiterten Verständnis der Funktionsweise, Geschichte und Theorie der Demokratien zu gelangen.

Um das Problem richtig einzuordnen, sei zunächst darauf verwiesen, dass der Ausdruck dieses Misstrauens zwei große Richtungen eingeschlagen hat, eine liberale und eine demokratische. Das liberale Misstrauen gegenüber der Macht ist oft theoretisch untermauert und kommentiert worden. Montesquieu hat ihm seine gültige Formulierung gegeben,² und die Gründerväter des amerikanischen Systems haben es in eine konstitutionelle Form gegossen. Während der ganzen Zeit, in der über die amerikanische Verfassung diskutiert wurde, war jemand wie Madison von der Vorstellung geradezu besessen, einer

 1 Vgl. meine Trilogie: *Le Sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France*; *Le Peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France*; *La Démocratie inachevée. Histoire de la souveraineté du peuple en France*.

2 Es sei, der Information halber, an Montesquiueus Formulierung in *Vom Geist der Gesetze* (1758) erinnert: »[E]s ist eine ewige Erfahrung, daß jeder, der Macht hat, ihrem Mißbrauch geneigt ist; er geht so weit, bis er auf Schranken stößt. So unwahrscheinlich es klingt: selbst die Tugend bedarf der Begrenzung. Um den Mißbrauch der Macht zu verhindern, muß vermöge einer Ordnung der Dinge die Macht der Macht Schranken setzen« (Buch XI, Kap. 4, Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*, Band 1, S. 213).

Anhäufung von Machtbefugnissen vorzubeugen. Seine Absicht war weniger, eine gute und starke, auf dem Vertrauen der Bevölkerung basierende Regierung zu begründen, als eine schwache Macht zu installieren und dem Argwohn eine institutionelle Form zu geben. Er zielte mehr darauf ab, den Einzelnen vor dem Zugriff der Staatsgewalt zu schützen, als den Bürger zum Souverän zu erheben. Auf französischer Seite vertraten Benjamin Constant oder Sismondi vergleichbare Positionen. Für den Ökonomen Sismondi, der zugleich einer der großen politischen Theoretiker des frühen 19. Jahrhunderts war, bestand der Schlüssel zu der Art von Regierungsform, die ihm vorschwebte, in der »beständige[n] Geneigtheit zum Widerstande«³. Für Autoren wie ihn war die Erinnerung an die Feudalzeit prägend. Sie wollten jede Rückkehr zur Despotie ausschließen. Mehr Demokratie bedeutete in diesem Fall automatisch, mehr Argwohn gegenüber den Staatsorganen.⁴ Benjamin Constant ging noch weiter in diese Richtung und behauptete, Freiheit bedinge einen systematischen Gegensatz zwischen öffentlicher Meinung und den Regierungsvertretern; er sprach sogar von der Notwendigkeit einer »Überwachung durch den Haß«⁵. Seine eigentliche Originalität liegt allerdings anderswo, nämlich in der Tatsache, dass er als Erster deutlich unterschied zwischen einem »alten« Misstrauen, das der Ablehnung einer Willkürherrschaft über die Gesellschaft entsprang, und einem »modernen« Misstrauen, das auf der Erkenntnis beruhte, dass auch die neuen, aus dem Gemeinwillen hervorgegangenen Systeme auf Abwege geraten könnten. Unter Verweis auf das »furchtbare Beispiel« Robespierres betonte er die Kluft, die sich 1793 in Frankreich aufgetan habe zwischen einem politischen Prozess, im Zuge dessen »[d]as allgemeine Vertrauen [...] ehrenhafte Männer zu hohen Verwaltungsposten emporgetragen« habe, und der Tatsache, dass Letztere »zugelassen [hätten], daß Mörderbanden sich bildeten«.⁶ Für Constant war das Vertrauen in die Demokratie folglich

3 Sismondi, *Forschungen über die Verfassungen der freien Völker*, S. 346. »[U]nter die Bürgerschaft dieser Geneigtheit«, so Sismondi weiter, müssten »alle [...] Einrichtungen gestellt [werden]« (ebd.).

4 Vgl. die Einleitung von Mark E. Warren zu *Democracy and Trust*.

5 Constant, »Über die Stärke der gegenwärtigen Regierung Frankreichs und die Notwendigkeit, sich ihr anzuschließen«, S. 82.

6 Ebd.

selbst etwas, das begrenzt werden musste. Als mit der *charte constitutionnelle* von 1830 die parlamentarische Monarchie und damit das politische System eingeführt wurde, das er schon immer befürwortet hatte, begrüßte er den Text mit der unvermittelten Bemerkung, dass »jede [gute] Verfassung ein Akt des Misstrauens« sei.⁷ Das liberale Misstrauen ist hier als eine »präventive Macht« zu verstehen, um mit einem treffenden Ausdruck Bertrand des Jouvenels zu sprechen.⁸ Sie nimmt deshalb bewusst eine zögerliche und pessimistische Haltung gegenüber der Demokratie ein. Misstrauen heißt in diesem Fall Zweifel an der Volksmacht, Angst vor ihren Irrtümern, Bedenken gegenüber der Einführung eines allgemeinen Wahlrechts.

Daneben gibt es aber noch ein weiteres, nämlich demokratisches Verständnis von Misstrauen. Dessen Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass die gewählten Repräsentanten ihre Zusagen einhalten, bzw. Druck ausüben, damit die eigentliche Bestimmung der Regierung, dem Gemeinwohl zu dienen, gewahrt bleibt. Es ist dieses demokratische Misstrauen, das uns in diesem Buch interessiert, da uns Misstrauen in einem posttotalitären Zeitalter vornehmlich in dieser Form begegnet. Ein solches demokratisches Misstrauen kennt viele Wege, um sich auszudrücken und Gestalt anzunehmen. Ich werde im Folgenden drei Haupttypen unterscheiden: Überwachungsbefugnisse, Verhinderungsformen und Urteilsprüfungen. Im Rahmen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie umreißen diese drei Gegenmächte also die Konturen dessen, was ich als *Gegen-Demokratie* bezeichnen möchte. Diese Gegen-Demokratie ist nicht das Gegenteil von Demokratie. Sie ist vielmehr jene Form von Demokratie, die die übliche Wahldemokratie abstützt, nach Art eines Strebepfeilers, die Demokratie der indirekten Kräfte, die sich über die Gesellschaft verteilen, die permanente Demokratie des Misstrauens gegenüber der punktuellen Demokratie der Wählerlegitimation. Diese Gegen-Demokratie ist somit Bestandteil eines umfassenderen Systems, das die rechtmäßigen demokratischen Institutionen einschließt. Sie ist bestrebt, diese Institutionen zu ergänzen und ihre Wirkungen zu verstärken; sie fungiert als deren Widerlager. Sie muss deshalb als eine wahrhaft *politische Form*

7 *Courrier français*, 5. November 1829, in: Constant, Recueil d'articles, S. 53.

8 De Jouvenel, »The Means of Contestation«.

verstanden und analysiert werden, die zu beschreiben und zu bewerten Thema dieser Arbeit ist.

Die Bedeutung dieses politischen Misstrauens demokratischen Typs ist umso größer, als die Gegenwartsgesellschaften ohnehin durch einen allgemeinen Vertrauensverlust in ihre Funktionstüchtigkeit und eine entsprechende Zunahme von Misstrauensreaktionen geprägt sind. Dieser Anbruch einer *Misstrauengesellschaft* lässt sich anhand dreier Faktoren, eines wissenschaftlichen, eines ökonomischen und eines soziologischen, erklären. Der wissenschaftliche Faktor ist von Ulrich Beck in seinem Buch *Risikogesellschaft* gut herausgearbeitet worden.⁹ Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist der banale Befund, dass wir in eine Welt eingetreten sind, die mit dem Technikoptimismus, der bis in die 1960er Jahre vorherrschte, gebrochen hat. Das Zeitalter der Katastrophen und Ungewissheiten, in dem wir inzwischen leben, hat ein Verständnis moderner Industrie und Technologie befördert, das diese eher mit dem Begriff des Risikos als dem des Fortschritts assoziiert. Diese Risikogesellschaft ist, strukturell gesehen, eine Gesellschaft des Misstrauens gegenüber der Zukunft. Das Problem ist aber, dass die Bürger trotz allem auf die Wissenschaftler angewiesen bleiben, denn sie verfügen über keine eigenständigen Kriterien zur Beurteilung der relevanten Fragen. Die Rolle der Wissenschaftler erscheint somit als unverzichtbar und problematisch zugleich. Die Bürger haben also keine andere Wahl, als die Wissenschaftler zu zwingen, Rede und Antwort zu stehen und Rechenschaft über ihr Tun abzulegen. Die Strategie besteht darin, Misstrauen in einem positiven Sinne zu instituieren, als eine Art Sicherung, als Vorkehrung zum Schutz gesellschaftlicher Interessen. Zu Recht haben die Kommentatoren Becks auf das Paradoxe dieser Strategie aufmerksam gemacht: »Wenn der Bürger die Probleme lösen will, die von den Experten weder vorhergesehen noch verhütet wurden, ist er ihnen erneut ausgeliefert. Es bleibt ihm also nichts anderes übrig, als ihnen weiter eine Vollmacht auszustellen, allerdings in dem verstärkten Bemühen, Maßnahmen zu ihrer Kontrolle und Überwachung zu finden.«¹⁰ Der Wandel des wissenschaftlich-technischen Universums hat somit zur Entstehung

9 Beck, *Risikogesellschaft*.

10 Callon/Lascoumes/Barthe, *Agir dans un monde incertain*, S. 311.

bestimmter Formen gesellschaftlichen Misstrauens geführt. In diesem Zusammenhang wird gern auf das »Vorbeugeprinzip« verwiesen, doch wird dieser Begriff dem Phänomen nur bedingt gerecht (das in seinem Bereich gewisse Ähnlichkeiten mit der liberalen Gewaltenteilung in dem Feld der Politik aufweist).

Auch auf makroökonomischer Ebene nimmt das Vertrauen ab. Definiert man Letzteres als eine Form des Wissens, das die Formulierung von Hypothesen über ein zukünftiges Verhalten ermöglicht, so kommt man tatsächlich an der Feststellung nicht vorbei, dass dieses Wissen, das im vorliegenden Fall »Konjunkturprognose« heißt, sich verringert. Tatsächlich sind mittel- und langfristig verlässliche Voraussagen nicht mehr möglich, weil die dafür zuständigen Institutionen dazu entweder technisch außerstande sind oder in der Vergangenheit zu oft danebenlagen, um noch glaubwürdig zu sein. Die Zeiten, in denen das französische Parlament noch darüber abstimmte, welche Wachstumsraten in den kommenden fünf Jahren erreicht werden sollten, gehören offenkundig einer längst vergangenen Epoche an (obwohl Wirtschaftsplanung noch vor dreißig Jahren wie selbstverständlich in den Aufgabenbereich des Gesetzgebers fiel). Der Eintritt in eine weniger vorhersehbare, weil von offeneren und komplexeren Interaktionssystemen beherrschte Wirtschaftswelt trägt somit ebenfalls zur Stärkung des Misstrauens bei, zumal es sich in diesem Fall mit dem weit verbreiteten Gefühl verbindet, dass staatliches Handeln in der Wirtschaft ohnehin nichts ausrichten könne.

Neben wissenschaftlichen und ökonomischen Faktoren sind auch soziologische Mechanismen für das Entstehen einer Misstrauensgesellschaft verantwortlich. In einer »Entfremdungsgesellschaft«, um die Formulierung Michael Walzers aufzugreifen, erodieren die materiellen Grundlagen gesellschaftlichen Vertrauens; die Menschen verlassen sich weniger aufeinander, weil sie sich nicht mehr gut genug kennen. Mangelndes Vertrauen in andere und Misstrauen gegenüber den Regierenden stehen in unmittelbarer Beziehung, wie groß angelegte Vergleichsstudien gezeigt haben: Brasilien, das Land, das in Sachen politischen Misstrauens alle Rekorde bricht, ist zugleich das Land, in dem die Werte für zwischenmenschliches Vertrauen am niedrigsten liegen. Dänemark, wo die Situation genau umgekehrt ist, zeigt, dass ein großes Vertrauen in andere mit einer weniger argwöhnischen

Haltung gegenüber den Regierenden einhergeht.¹¹ Bezeichnenderweise wird Korruption umso eher toleriert, je größer die Enttäuschung über die Demokratie ist.¹² Demokratisches Misstrauen und strukturelles Misstrauen überschneiden und verstärken sich wechselseitig. Die Summe dieser verschiedenen Faktoren ist dafür verantwortlich, dass man vom Anbruch einer »verallgemeinerten Misstrauensgesellschaft« spricht, wenn von der heutigen Welt die Rede ist.¹³ Eine solche Gesellschaft bildet den Hintergrund, vor dem die Transformationen der Demokratie, die uns hier interessieren, zu betrachten sind.

Die drei Dimensionen der Gegen-Demokratie

Beginnen wollen wir mit den Überwachungsbefugnissen. Um sie ursächlich zu begreifen und ihre Entstehung nachzuvollziehen, sei daran erinnert, dass der Gedanke der Volkssouveränität sich historisch gesehen auf zweierlei Weise artikuliert. Zum einen über das allgemeine Wahlrecht, das Recht der Bürger, ihre Führer selbst zu wählen. Das ist der bekannteste und direkteste Ausdruck des demokratischen Prinzips. Doch das Recht, in regelmäßigen Abständen zu wählen und dadurch eine Regierung zu legitimieren, ging fast stets mit dem Wunsch einher, eine dauerhaftere Kontrolle über die gewählte Regierung auszuüben. Denn die Bindung durch den Wahlakt erschien von vornherein als unzureichend, um die Repräsentanten zu zwingen, ihren Verpflichtungen treu zu bleiben. Zwar glaubte man zeitweilig, die Beziehung zu den Wählern dadurch enger knüpfen zu können, dass man sie Formen des imperativen Mandats annehmen ließ. Doch diese Pra-

11 Nur 2,8 % der Brasilianer geben an, dass man im Allgemeinen »den meisten Menschen trauen kann«, eine Zahl, die in Dänemark auf 66,50 % steigt (in Frankreich sind es 22,2 %, was am unteren Ende der Skala liegt). Vgl. Inglehart u. a., *Human Beliefs and Values*.

12 Vgl. Moreno, »Corruption and Democracy. A Cultural Assessment«.

13 Vgl. für Frankreich die Euro-RSGG-Umfrage, *La Société de défiance généralisée: enquête sur les nouveaux rapports de force et les enjeux relationnels dans la société française*, Juli 2004. Es sei betont, dass sich vor diesem Hintergrund der aktuelle Boom soziologischer und philosophischer Arbeiten zum Vertrauensbegriff erklärt. Vgl. insbesondere die Arbeiten von Russel Hardin, Diego Gambetta und Mark E. Warren. Auf Französisch vgl. Mangematin/Thuderoz, *Des mondes de confiance*, und Mangematin/Thuderoz/Harrison, *La Confiance. Approches économiques et sociologiques*.

xis erwies sich als unvereinbar mit den Erfordernissen einer offenen parlamentarischen Diskussion (denn eine wirkliche Debatte setzt voraus, dass man seine Meinung ändern kann, nachdem man die Argumente der Gegenseite gehört hat). Weshalb man schließlich überall auf das imperative Mandat verzichtete und stattdessen nach anderen, mittelbareren Wegen suchte, die Demokratie zu verwirklichen. An die Stelle einer »utopischen Repräsentation«, bei der die Meinung der Repräsentanten völlig deckungsgleich wäre mit der ihrer Wähler, trat die konkrete Praxis einer permanenten Infragestellung, eines Drucks auf die Gewählten, dessen Wirkung sich auf unspezifischere und äußerlichere Weise geltend machte. Die Suche nach einer »Gegenmacht«, die sie zugleich stabilisieren und ihren Kurs korrigieren würde, blieb so ein ständiges, untergründig vorhandenes Moment im Leben der Demokratien. Die Französische Revolution bestätigte erstmals eindrucksvoll, welcher zentrale Stellenwert diesem Dualismus von Macht und Gegenmacht zukam. Schon 1789 entstand ein Wort zur Bezeichnung dieser komplementären Form von Souveränität, die man herbeizuführen gedachte, um das Ideal einer den Gemeinwillen verkörpernden Regierung zu verwirklichen: *surveillance* (Überwachung). Die nimmer ruhende Wachsamkeit des Wächter-Volkes wurde als das große Heilmittel gegen institutionelle Fehlentwicklungen angepriesen, insbesondere um zu kurieren, was man als *repräsentative Entropie* bezeichnen könnte (das heißt, die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Wählern und Gewählten).

Später, während der jakobinischen Schreckensherrschaft, kam der Begriff »Überwachung« wegen seiner Nähe zur Tyrannei der revolutionären Clubs und Ausschüsse in Verruf und wurde anschließend aus dem politischen Vokabular verbannt. Wohlgemerkt, das Wort, nicht die Sache selbst. Denn die Zivilgesellschaft hat es sich nie nehmen lassen, die Regierung auf mancherlei Weise und vielerlei Wegen zu beaufsichtigen, zu kontrollieren, zu begutachten und auf die Probe zu stellen. Diese Befugnisse haben sich sogar beträchtlich erweitert. Während die institutionelle Ordnung der parlamentarischen Demokratien in den letzten zweihundert Jahren mehr oder minder stabil geblieben ist (hinsichtlich der Vorstellung von Repräsentation, der Wahrnehmung von Verantwortung, der Rolle von Wahlen), sind diese Überwachungsbefugnisse in erheblichem Maße ausgebaut und diver-

sifiziert worden. Wir werden der Reihe nach ihre drei wesentlichen Erscheinungsformen untersuchen: *Wachsamkeit*, *Denunziation* und *Benotung*. Jede trägt dazu bei, die Legitimation durch Wahlen in jene umfassendere Form gesellschaftlicher Legitimation einzubetten, die das Reputationskapital einer Person oder eines Systems darstellt. Denn die genannten Mechanismen wirken sich zunächst dahingehend aus, dass sie die *Reputation* einer Macht auf den Prüfstand stellen. Reputation ist auch eine Art von »unsichtbarer Institution« und bildet als solche einen der konstitutiven Faktoren des Vertrauens. Diese Prüfverfahren teilen mehrere Eigenschaften: Sie zeichnen sich durch Permanenz aus (während Wahlen nur gelegentlich stattfinden); sie können durch Einzelpersonen, nicht nur durch Organisationen angewendet werden; sie erweitern und erleichtern die Einflussnahme der Gesellschaft auf die Regierung (wie schon John Stuart Mill bemerkte: Man kann nicht alles tun, aber man kann alles kontrollieren). Deshalb ist diese »Überwachungsdemokratie« aktuell auf dem Vormarsch.

Die Vermehrung von Sanktions- und Präventionsbefugnissen bildet die zweite strukturimmanente Dimension des Misstrauens in der Gegen-Demokratie. Im *Geist der Gesetze* traf Montesquieu die in seinen Augen zentrale Unterscheidung zwischen Handlungsrecht [*faculté d'agir*] und Verhinderungsrecht [*faculté d'empêcher*]. Er verwies auf ein Missverhältnis, dessen Bedeutung in dem Maße zunahm, wie die Bürger erfahren mussten, dass die Mandatsdemokratie zur Verwirklichung ihrer Ziele und Hoffnungen nur bedingt geeignet ist. Da die Bürger letztlich wenig Handhabe besaßen, um die Regierungen zu zwingen, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder bestimmte Entscheidungen zu treffen, gewannen sie über vermehrte Sanktionen gegenüber der Staatsmacht eine Form von Handlungsfähigkeit zurück. Somit zeichnete sich im Schatten der »positiven Demokratie« – des Wählervotums und der gesetzlichen Institutionen – allmählich ab, was man »negative gesellschaftliche Souveränität« nennen könnte. Diese Entwicklung hat vor allem einen »technischen« Grund: Blockademaßnahmen erzeugen wirklich sichtbare und greifbare Resultate. Zu erreichen, dass ein Gesetzesentwurf zurückgezogen wird, entspricht voll und ganz der Intention des Akteurs, während die Frage, ob genug Druck ausgeübt wurde, um die Durchsetzung einer erwünschten Politik zu erzwingen, in jedem Fall kontroverser beurteilt werden

wird. Der Wille kommt in einem Blockadeakt stets vollständig zum Zuge, weil es dabei um eine eindeutige und klare Entscheidung geht, die umsetzt, was mit ihm inhaltlich gemeint oder beabsichtigt ist. Das Mandat oder die bloße Genehmigung besitzen diese Eigenschaften nicht, die Frage, inwieweit der Wille sich realisieren lässt, bleibt in diesem Rahmen tatsächlich offen, weil die Zukunft ungewiss und die Handlungsweise des Bevollmächtigten nicht vorherbestimmt ist. Die der Mandatsdemokratie immanente Spannung, die das Versprechen oder die Zusage erzeugt, wird im Rahmen einer *negativen Demokratie* überwunden.

Zudem ist aus soziologischer Sicht offenkundig, dass negative Koalitionen leichter herzustellen sind als positive Mehrheiten. Denn sie kommen mit ihren Widersprüchen besser zurecht. Mehr noch, es ist gerade ihre Heterogenität, aus der sich die Leichtigkeit ihres Zustandekommens und ihres Erfolges erklärt. Solche reaktiven Mehrheiten brauchen nicht kohärent zu sein, um eine Wirkung zu erzielen. Ihre Macht ist umso größer, als im Rahmen der Widerstände, die sie zum Ausdruck bringen, die Intensität der Reaktionen eine wesentliche Rolle spielt. Auf der Straße, im medienwirksamen Protest oder im symbolischen Ausdruck geht es um mehr als Arithmetik. Wirklich handlungsfähige gesellschaftliche Mehrheiten sind hingegen viel schwerer zu bilden. Denn sie setzen naturgemäß entweder einen passiven Konsens oder eine positive, bewusste Übereinkunft voraus. Sie können sich nicht, wie das bei Wählermehrheiten oder mehr noch bei reaktiven Koalitionen oft der Fall ist, auf Missverständnisse und Unklarheiten gründen. Sie sind daher anfälliger und unbeständiger. Die Erfahrung zeigt übrigens, dass ein Politiker leichter durch ungeschickte Aussagen Stimmen verliert, als er durch originelle oder mutige Stellungnahmen gewinnt. Volkssouveränität äußert sich somit mehr und mehr als eine Macht der Verweigerung, ob im periodischen Wahlverhalten oder in den permanenten Reaktionen auf Regierungsentscheidungen. Auf diese Weise wird die ursprüngliche programmatische Demokratie [*démocratie de projet*] durch eine neue prohibitive Demokratie [*démocratie de rejet*] überlagert. Die Souveränität des Volkes äußert sich in Gestalt einer *Veto-Macht*. Die demokratische Regierung wird nicht mehr allein durch ein Genehmigungs- und Legitimierungsverfahren definiert. Ihre Struktur verdankt sich fortan we-

sentlich der permanenten Auseinandersetzung mit verschiedenen Vetokategorien vonseiten gesellschaftlicher Gruppen bzw. politischer oder wirtschaftlicher Kräfte. Daher rührt der verschiedentlich geäußerte Gedanke, dass die politischen Systeme inzwischen weniger durch ihren institutionellen Aufbau im engeren Sinne (präsidiales oder parlamentarisches, Zwei- oder Mehrparteiensystem usw.) charakterisiert seien als durch die Art und Weise, wie die Bedingungen politischen Handelns durch die Blockademöglichkeiten der verschiedenen Akteure vorstrukturiert sind.

Ein drittes konstitutives Element der Gegen-Demokratie ist die zunehmende Bedeutung des *Volkes als Richter*. Dieser Umstand findet in der Verrechtlichung des Politischen seinen sichtbarsten Ausdruck. Es scheint, als würden die Bürger mittlerweile von juristischen Prozessen die Resultate erwarten, die sie sich von Wahlen vergeblich erhofft hatten. Diese Verrechtlichung steht im Zusammenhang mit der nachlassenden Bereitschaft der Regierungen, auf die Forderungen der Bürger zu reagieren. Man verlangt von den Regierungen umso mehr, dass sie präzise Rechenschaft ablegen (Prinzip der *accountability*), je weniger sie für die Erwartungen der Gesellschaft empfänglich zu sein scheinen (Prinzip der *responsiveness*). Wir sind auf diesem Wege von *Auseinandersetzungsdemokratien* zu *Beschuldigungsdemokratien* übergegangen. Es ist in den letzten zwanzig Jahren zu einem Gemeinplatz geworden, auf Grundlage dessen von einem Aufstieg des Richters zur politischen Instanz zu sprechen. Allerdings erfasst dieser Befund nur einen kleinen Teil des Problems. Das Wesentliche ergibt sich erst aus einem *Vergleich der Eigenschaften* von Wählen und Urteilen. Die gegenwärtige Präferenz für das Urteilen bekommt nur dann einen Sinn, wenn man sie auf die spezifischen Eigenschaften dieses Aktes als Modus der Entscheidungsfindung bezieht. Ob es sich um die Regeln der Beweisführung, die Formen von Theatralik oder die Art der Bezugnahme auf das Partikulare handelt, der Prozess als Verfahren zur Überprüfung eines Verhaltens hat sich so nach und nach zu einer metapolitischen Form entwickelt, die den Wahlen insofern als überlegen gilt, als sie konkretere Resultate zeitigt.

Das Volk der Wähler aus dem Gesellschaftsvertrag wurde somit immer massiver überlagert von den Gestalten des Volkes als Wächter, des Volkes als Vetomacht und des Volkes als Richter. Da-

raus entstanden indirekte Formen der Souveränitätsausübung, die von den Verfassungen nicht vorgesehen sind. Man kann diese Souveränität insofern als indirekt bezeichnen, als sie durch eine Reihe von *Effekten* gebildet wird, ohne von einer offiziellen Machtinstantz auszugehen oder sich in Form expliziter, politisch zu nennender Entscheidungen zu äußern. Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie und die Gegen-Demokratie der indirekten Befugnisse müssen zusammengedacht werden, um die tatsächliche Dynamik gesellschaftlicher Machtaneignung in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen. Der übliche Gegensatz von realer und formaler Demokratie erscheint deshalb in diesem breiteren Kontext als wenig erhellend. Die bloße Unterscheidung in direkte und repräsentative Regierungsformen erweist sich ebenfalls als nicht sonderlich fruchtbar. Derart eng gefasste Kategorisierungen sollten zukünftig zugunsten einer mehrdimensionalen Sicht der *demokratischen Betätigung* aufgegeben werden. Daraus resultiert die Möglichkeit, eine erweiterte Grammatik des gemeinsamen Regierens zu erarbeiten. In seinem *Gesellschaftsvertrag* war Rousseau bestrebt, die Definition dessen, was einen Bürger ausmacht, zu »verkomplizieren«. Er wollte das einfache Wahlrecht ergänzen um die Rechte, seine Meinung zu äußern, Vorschläge zu machen, zu bestreiten und zu diskutieren.¹⁴ In einem klassischen Essay jüngerer Datums regte Albert Hirschman an, das Vokabular kollektiven Handels um die Ausdrücke *voice*, *exit* und *loyalty* zu bereichern (die man mit Protest oder kritische Wortmeldung, Abwendung und zustimmendes Desinteresse übersetzen könnte¹⁵). Unter Berücksichtigung der Gegen-Demokratie können wir dieses Lexikon um die Begriffe Wachsamkeit, Benotung, Druck durch Enthüllung, Obstruktion, Urteilsfindung erweitern. Primäres Ziel

 14 Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag, Buch V, Kap. 1, S. 142. In seinen *Briefen vom Berge* (7. Brief) bemerkte er im gleichen Sinne: »Zum Beispiel überlegen [*délibérer*], beratschlagen [*opiner*], stimmen [*voter*] sind drei sehr verschiedene Dinge, welche die Franzosen nicht genug unterscheiden. Überlegen heißt das Für und Wider abwägen, beratschlagen heißt seine Meinung sagen und seine Gründe vorbringen, stimmen heißt seine Stimme geben, wenn nur noch die Stimmen zu sammeln sind« (Kulturkritische und politische Schriften, Bd. 2, S. 296–297).

15 Vgl. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch.

des vorliegenden Buches ist es, diese verschiedenen Aspekte von Gegen-Demokratie theoretisch zu entfalten und ihre Geschichte zu schreiben.

Der Mythos vom passiven Bürger

Unter dem Gesichtspunkt der Gegen-Demokratie betrachtet, verändern sich die Begriffe, in denen die Frage der politischen Partizipation zu stellen ist, und geben Anlass, das alte Lied von der Demokratieverdrossenheit zu überdenken. Zwar deuten alle Indikatoren für das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen unverkennbar auf einen starken Abwärtstrend hin.¹⁶ Auch die zunehmende Wahlenthaltung stellt ein Faktum dar, das seit etwa zwanzig Jahren in fast allen Ländern zu beobachten ist.¹⁷ Allerdings sollten diese Daten mit Vorsicht interpretiert werden;¹⁸ und vor allem sollten sie einem allgemeineren Verständnis der Wandlungen bürgerschaftlichen Engagements zugeordnet werden. Die Politikwissenschaften bemühen sich seit Langem darum, Formen »unkonventioneller Beteiligung« zu erfassen, und sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, dass diese auch dort zunehmen, wo der Gang zu den Urnen offenkundig nicht mehr so häufig angetreten wird. Die Zahlen für die Beteiligung an Streiks und Demonstrationen, das Unterzeichnen von Petitionen, das Bekunden kollektiver Solidarität in Notsituationen legen nahe, dass wir keineswegs in ein neues Zeitalter politischer Apathie eingetreten sind und

16 Für einen aktuellen Überblick siehe Dogan (Hg.), *Political Mistrust and the Discrediting of Politicians*.

17 Vgl. zum Beispiel die von Capdevielle (*Démocratie: la panne*) und Franklin u. a. (*Voter Turnout*) zusammengetragenen Daten.

18 Der Umfang der Stimmenthaltung muss langfristig betrachtet werden, da Beteiligungskonjunkturen auch von der Art der jeweiligen Wahlen abhängen können. Schon zur Zeit der Französischen Revolution kam es zu starken Schwankungen (Michelet notierte, dass 1791 »das Volk zu Hause geblieben« sei, während es 1790 massiv abgestimmt habe). Auch das Phänomen der *Gelegenheitswähler* ist hier zu beachten; man sollte diesbezüglich eher von »Beteiligungskarrieren« sprechen (für Frankreich siehe Hérin, »Voter toujours, parfois ... ou jamais«, sowie Clanché, »La participation électorale au printemps 2002«). Politikwissenschaftler unterscheiden auch zwischen »aktiven« [*dans le jeu*] und passiven [*hors jeu*] Nichtwählern.

dass die Annahme eines vermehrten Rückzugs in die Privatsphäre unbegründet ist.¹⁹

Es empfiehlt sich also, eher von einem Wandel als einem Niedergang des bürgerschaftlichen Engagements zu sprechen. Zugleich haben sich das *Repertoire*, die *Medien* [*vecteurs*] und die *Ziele* [*cibles*] des politischen Ausdrucks diversifiziert. Während politische Parteien schrumpften, erlebten Interessengruppen [*advocacy groups*] und Vereine aller Art einen Aufschwung. Die Rolle der großen Vertretungs- und Verhandlungsagenturen hat sich zusehends verringert, während Ad-hoc-Organisationen aus dem Boden schossen. Die Bürger haben inzwischen viele Möglichkeiten jenseits des Wahlzettels, um ihre Sorgen und Beschwerden zu artikulieren. Das Phänomen der Stimmenthaltung oder des Vertrauensverlustes muss also in eine erweiterte Analyse des Formenwandels demokratischer Betätigung eingebettet werden. Zwar ist der Wahlakt der sichtbarste und institutionell am stärksten verankerte Ausdruck von Staatsbürgerschaft. Er steht seit Langem als Symbol für die Idee politischer Partizipation und ziviler Gleichheit. Doch dieser Begriff von Partizipation ist komplex. Er beinhaltet nämlich drei Dimensionen der Interaktion zwischen Bevölkerung und politischer Sphäre: Ausdruck, Mitwirkung und Intervention. *Ausdrucksdemokratie* bedeutet, dass die Gesellschaft sich zu Wort meldet, dass sie kollektive Gefühle äußert, Urteile über die Regierenden und ihr Handeln formuliert oder auch Forderungen erheben kann. Die *Mitwirkungsdemokratie* umfasst die Gesamtheit der Mittel, durch welche die Bürger sich verständigen und aufeinander beziehen, um eine gemeinsame Welt zu erzeugen. Die *Interventionsdemokratie* wiederum wird durch alle Formen kollektiven Handelns gebildet, die auf die Erreichung eines erwünschten Resultats abzielen.

Das demokratische Leben baut auf diesen drei Formen politischer Betätigung auf. Das Besondere an den Wahlen ist, dass sie diese verschiedenen staatsbürgerlichen Existenzweisen (die zugleich verschiedenen »Momenten« des öffentlichen Lebens entsprechen) praktisch

19 Vgl. beispielsweise aus der umfangreichen Literatur zum Thema: Norris, *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism*. Ebenfalls empfehlenswert Perrineau (Hg.), *L'Engagement politique. Déclin ou mutation?*, sowie Arnaud/Guionnet (Hg.), *Les Frontières du politique*.

zur Deckung bringen wollen; die Stimmabgabe sollte der Inbegriff des politischen Engagements, seine sichtbarste und konzentrierteste Form sein. Im goldenen Zeitalter der Wahlbeteiligung war diese allumfassende und integrative Dimension des Wählens zudem untrennbar mit ihrer identitären Dimension verbunden. Das Wahlverhalten war weniger Ausdruck einer individuellen Präferenz als Demonstration einer kollektiven Zugehörigkeit.²⁰ Viele Forscher, von André Siegfried bis zu den politischen Soziologen der 1960er Jahre, haben auf diese Eigenschaft verwiesen. Die Geschichte der Demokratie wurde lange Zeit mit einem Konzentrationsprozess des politischen Feldes gleichgesetzt, innerhalb dessen der langwierige Kampf um die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts zugleich als Mittel und Symbol fungierte. In diesem Kontext sind die aktuellen Veränderungen der Demokratie zu sehen: Während die Wahldemokratie unbestreitbar erodiert, haben sich die Ausdrucks-, Mitwirkungs- und Inventionsdemokratie entwickelt und gefestigt. Man kann also davon ausgehen, dass der passive Bürger in jeder Hinsicht ein Mythos ist.²¹ Dieser Wandel der politischen Betätigung ist inzwischen in einer Reihe wissenschaftlicher Arbeiten sowie einer umfangreichen, stärker politisch motivierten Literatur dokumentiert. Dennoch ist die theoretische Einordnung dieser Phänomene bislang erst im Ansatz erfolgt. Davon zeugt nicht zuletzt das Vorläufige der Begriffe, die zu ihrer Bezeichnung dienen. So sprechen die Politikwissenschaftler seit gut zehn Jahren mal vom Aufkommen »unkonventioneller« Politikformen, mal von neuer »Protestpolitik« [*protest politics*] oder »Zivilbürgerschaft«, um jene mannigfaltigen Erscheinungen zu beschreiben, die das Entstehen ungewohnter politischer Interventions- und Reaktionsarten belegen. Im Milieu der direkter involvierten politischen Aktivisten macht sich ebenfalls ein neuartiges Vokabular breit. Man spricht von

 20 Die Politikwissenschaften der 1960er Jahre haben so das »Michigan-Paradigma« formuliert (nach der Universität, an der die entsprechenden Forschungen durchgeführt wurden), beruhend auf dem Nachweis, dass sich die Wähler nicht aufgrund ihrer (sehr geringen) politischen Kenntnisse entscheiden, sondern nach Maßgabe frühzeitig erworbener parteipolitischer Identitäten.

21 Man sollte auch die Tatsache erwähnen, dass die Bürger sich besser informieren. Vgl. die Daten bei Schweisguth, »La dépolitisation en questions«, S. 56–57.

»Bewegungslinker«, von »Nichtregierungspolitik«,²² von »Politik der Regierten«.²³ Auch Begriffe wie Antimacht oder Gegenmacht finden häufig Verwendung,²⁴ während viele Zirkel sich daranmachen, die Arbeiten Michel Foucaults zur modernen Gouvernamentalität neu zu lesen. Der Begriff der Gegen-Demokratie muss auch unter diesem Gesichtspunkt gedacht werden. Er kann diesen verschiedenen Welten eine gemeinsame Sprache und geistige Kohärenz geben, indem er einen systematischen Rahmen zur Beschreibung dieser vielfältigen Transformationen der Gegenwartsdemokratie bereitstellt und sie in den Kontext einer umfassenden Demokratietheorie integriert.

Entpolitisiert oder unpolitisch?

Gibt es auch keine Entpolitisierung im Sinne eines verringerten Interesses an öffentlichen Angelegenheiten oder eines nachlassenden Bürgerengagements, so hat sich gleichwohl eine bestimmte Art der Beziehung zum Wesen des Politischen verändert. Doch ist sie anderer Natur, als gewöhnlich unterstellt wird. Das heutige Problem ist nicht die Passivität, sondern das *Unpolitische* [*impolitique*]²⁵, das heißt das Fehlen eines globalen Verständnisses für die mit dem Aufbau einer gemeinsamen Welt verbundenen Probleme. Das Spezifische an den verschiedenen Figuren der Gegen-Demokratie, die wir im Folgenden untersuchen werden, ist nämlich, dass sie zu einer Vergrößerung der Distanz zwischen der Zivilgesellschaft und den Institutionen führen. Sie entfalten so eine Art *Gegenpolitik*, basierend auf der Kontrolle, der Begrenzung, der Opposition gegen die Staatsorgane, die zu erobern kein vorrangiges Ziel mehr ist. Diese Gegenpolitik äußert sich auf zweierlei Art. Zunächst führen die verschiedenen Mechanismen oder Verhaltensweisen, die dabei ins Spiel kommen, dazu, die Attribute der Zugehörigkeit zu einer *gemeinsamen Welt* aufzulösen. Als wesentlich

22 Vgl. beispielsweise die Arbeit, die Zeitschriften wie *Multitudes* oder *Vacarme* in Frankreich leisten.

23 Vgl. Chatterjee, *The Politics of the Governed*.

24 Vgl. Benasayag/Sztulwark, *Du Contre-pouvoir*, sowie Holloway, *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*.

25 Ich verwende diesen Ausdruck im wörtlichen Sinne, anders als Roberto Espósito in *Catégories de l'impolitique*. Über die anderen Verwendungsweisen dieses Begriffes siehe auch Balibar, »Qu'est-ce que la philosophie politique?«.

reaktive sind sie ungeeignet, ein kollektives Projekt zu befördern und zu strukturieren. Diese unpolitische Gegen-Demokratie zeichnet sich also dadurch aus, dass sie eine demokratische *Betätigung* mit nicht politischen *Wirkungen* kombiniert. Genau aus diesem Grund fällt sie nicht unter die üblichen Klassifizierungen politischer Systeme, sondern bildet eine eigene Form, die sich den traditionellen Unterscheidungen entzieht, die weder liberal noch republikanisch, weder repräsentativ noch direktdemokratisch ist.

Die disparaten Formen dieser Gegen-Demokratie haben des Weiteren zur Folge, dass ihre Sichtbarkeit und vor allem ihre Lesbarkeit vermindert wird. Allerdings sind Letztere zwei unverzichtbare Eigenschaften des Politischen an sich. Es gibt keine Politik, wenn Handlungen nicht ein und derselben Erzählung zugeordnet oder auf einer einzigen öffentlichen Bühne dargestellt werden können. Die Entwicklung gegen-demokratischer Formen weist somit einen zugleich komplexen und problematischen Charakter auf. Komplex, weil sich positive Elemente der Zunahme gesellschaftlicher Macht mit den Verlockungen populistischer Reaktion vermischen. Problematisch, weil der Wandel in Richtung »ziviler Demokratie«, den sie vorantreibt, zu Fragmentierung und Zerstreuung führt, wo Kohärenz und Gesamtheit eigentlich zwingend geboten wären. Es war übrigens das Wissen um diese Zweideutigkeiten, das mich dazu bewogen hat, den auf den ersten Blick schockierenden Neologismus »Gegen-Demokratie« zu prägen. Seine irritierenden Konnotationen eignen sich bestens dazu, das Widersprüchliche der Misstrauenspraktiken hervorzuheben. Sie fördern eine wohlthuende Wachsamkeit seitens der Bürger und tragen auf diese Weise dazu bei, die staatlichen Instanzen für gesellschaftliche Forderungen empfänglicher zu machen, sie können bisweilen aber auch destruktive Formen von Ablehnung und Verleumdung begünstigen. Die Gegen-Demokratie bestätigt nicht nur, sie kann auch widersprechen. In diesem Buch findet sich eine »Rehabilitierung« der Misstrauenspraxis, weil sie zutiefst liberal und demokratisch zugleich ist. Allerdings eine hellsichtige Rehabilitierung, die die möglichen Fehlentwicklungen dieser Praxis sorgsam registriert.

Das ist, wie mir scheint, der tiefere Grund für die Entzauberung der zeitgenössischen Demokratien. Sie rührt nicht nur aus einer Enttäuschung her, die auch überwunden werden könnte (indem man bei-

spielsweise die Verfahrensweisen des repräsentativen Systems verbessert), sondern verdankt sich der strukturellen Aporie, die aus der Kombination von Demokratischem und Unpolitischem resultiert. Diese Einsicht bildet die Grundlage, auf der unser Nachdenken über die Entstehungsbedingungen eines neuen Zeitalters der Demokratien letztlich beruht.

Die Geschichte der Demokratie neu lesen

Der von mir gewählte Ansatz ermöglicht es auch, einen neuen Blick auf die Geschichte der Demokratie zu werfen. Die verschiedenen Arten indirekter Macht, die wir erwähnt haben, zeichnen sich dadurch aus, dass sie zugleich »post-« und »prädemokratisch« sind. Postdemokratisch in dem Sinne, dass sie Reaktionen auf die nicht gehaltenen Versprechen der repräsentativen Regierungen sind, die im 17. und 18. Jahrhundert in den Niederlanden, in Großbritannien, in den Vereinigten Staaten und in Frankreich aus den Kämpfen gegen den Absolutismus hervorgingen. Und prädemokratisch insofern, als die Wahrnehmung von Überwachungs- und Widerstandsbefugnissen in vielen Fällen die allererste Etappe auf dem Weg menschlicher Emanzipation war. Das Recht auf Widerstand gegen die Tyrannei etwa wurde im Mittelalter formuliert, als sich noch niemand etwas unter Volkssouveränität vorstellen konnte. Desgleichen wurden Regierungen schon lange kontrolliert und bewertet, bevor die Idee aufkam, sie aus Wahlen hervorgehen zu lassen. Deshalb müssen wir uns von den traditionellen, allzu gradlinigen Geschichten der Demokratie verabschieden, die die allmähliche Annäherung an einen Idealtypus, den langsamen Übergang von einem System der Knechtschaft zu vollendeter Autonomie unterstellen. Tatsächlich haben das »Alte« und das »Neue«, »Liberalismus« und »Demokratie«, die informelle gesellschaftliche Macht und die regulären Institutionen ständig miteinander koexistiert. Die Gegen-Demokratie mag früher vorhanden gewesen sein als die parlamentarisch-repräsentative Demokratie, doch beider Geschichten bilden ein komplexes Geflecht, das im Folgenden entwirrt werden soll. Das bedeutet auch, dass die Sozial- und die Institutionengeschichte der Demokratie nicht zu trennen sind. Denn als grundsätzlich »soziale« ist die Gegen-Demokratie materielle Macht, praktischer Widerstand, unmittelbare Reaktionsbereitschaft. Sie ist ihrem Wesen

nach Frage, Sanktion und Anfechtung. Während die parlamentarisch-repräsentative Demokratie dem gemächlichen Gang der Institutionen folgt, äußert sich die Gegen-Demokratie auf permanente Weise und gehorcht keinem institutionellen Zwang. Sie verkörpert gewissermaßen die Demokratie in ihrer Unmittelbarkeit.

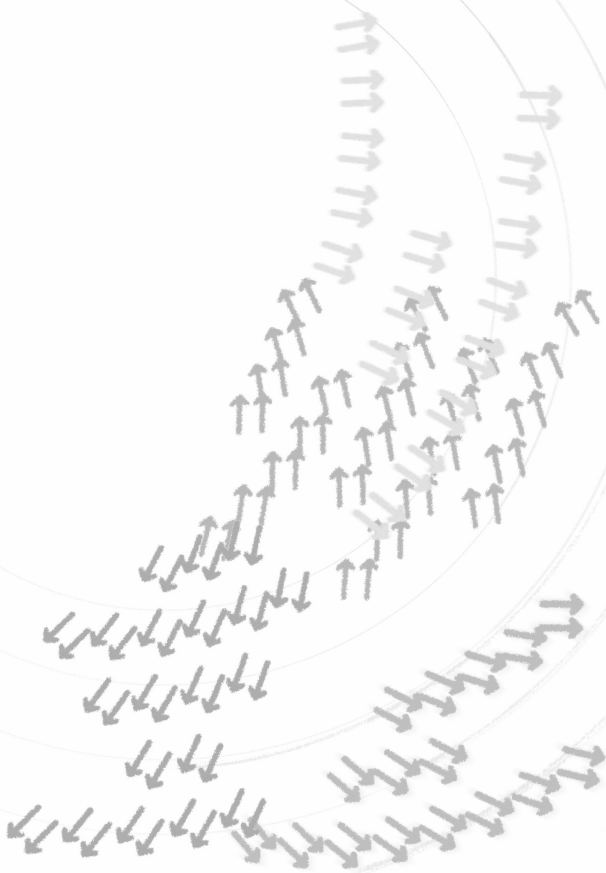
Dieser Ansatz führt dazu, Geschichte und politische Theorie enger zusammenzudenken, gemäß der Methode, die ich bereits in meinen letzten Büchern verwendet habe. Die Geschichte muss, ich habe wiederholt darauf verwiesen, als *tätiges Labor* unserer Gegenwart verstanden werden, nicht nur als deren Hintergrundbeleuchtung. Das Leben der Demokratie besteht nicht darin, sich an einem Idealmodell zu messen, ihr geht es zunächst darum, Probleme zu lösen. Deshalb empfiehlt es sich, von dem Gedanken Abstand zu nehmen, es habe ein eindeutig formuliertes und explizit infrage gestelltes »Originalmodell« der Demokratie gegeben. Von der Komplexität des Realen und seiner aporetischen Dimension auszugehen, eröffnet einen produktiveren Zugang zum Politischen »an sich«, ermöglicht es uns, zu seinem Kern vorzustoßen und es in seinem Gewordensein zu erforschen. Die Geschichte liefert der Theorie nicht bloß eine Sammlung von Beispielen: sie dient vielmehr als Experimentierfeld und Prüfstand für Weltanschauungen. Weswegen ich mir vorgenommen habe, jenen Punkt zu erreichen, wo sich die Neugier des Historikers und die Strenge des politischen Philosophen in ihren Ambitionen vereinigen.

Politik als *Experimentierfeld* zu verstehen, drängt sich in noch stärkerem Maße auf, wenn man die Gegen-Demokratie untersucht. Mag zur Beschreibung der Institutionen bisweilen die formelhafte Sprache der Lehrbücher ausreichen, so sind die Überwachungs- und Verhinderungsbefugnisse nur in dem Maße zu erfassen, wie sie praktisch in Aktion treten. Diese Sicht der beiden Seiten der Demokratie als Formen lebendiger Praxis ist nicht nur von methodologischer Relevanz. Sie ermöglicht es auch, sich den vergleichenden Studien des Politischen in anderer Weise zuzuwenden. Wird Demokratie im klassischen Sinne aus einer normativen Perspektive betrachtet, ist ein *nützlicher* Vergleich eigentlich ausgeschlossen: es sind lediglich Erfolge oder Fehlschläge zu verzeichnen, verschiedene Grade des Gelingens zu unterscheiden, Typologien zu erstellen. Es besteht dann die

große Gefahr, dass man partikuläre Werte als universelle ausgibt oder spezifische Mechanismen für unantastbar erklärt. Geht man hingegen von den *Problemen* aus, die die Demokratie zu lösen hat, zum Beispiel die Spannung zwischen soziologischem und politischem Repräsentationsprinzip²⁶, ist es viel leichter, die Vielfalt nationaler oder historischer Erfahrungen im gleichen Rahmen zu betrachten. Die Vorzüge eines vergleichenden Vorgehens dieser Art treten beim Studium gegen-demokratischer Phänomene noch deutlicher zutage. Denn die Gegen-Demokratie zeichnet sich, wie erwähnt, dadurch aus, dass sie prä- und postdemokratisch zugleich ist. Sie existiert als reine Gegenmacht oder in Form solcher Mächte, die man als »komplementär« bezeichnen könnte. Wenn man die Analyse derart erweitert, gelangt man automatisch zu einer »Entwestlichung« des Blicks. Denn Überwachungspraktiken, Äußerungen einer souveränen Prohibitivmacht, Mechanismen der Urteilsprüfung gibt es fast überall. Es gibt sie und *es gab* sie, historisch gesehen, die Voraussetzungen für eine *allgemeine und vergleichende*, Zeit und Raum umspannende Betrachtung sind also vorhanden. Der Wunsch, die Gegenwart besser zu verstehen, ist unter diesem Gesichtspunkt nicht mehr zu trennen von dem Bestreben, den langen Kampf von Männern und Frauen für den Aufbau eines freien Gemeinwesens im globalen Maßstab zu denken.

26 Vgl. Rosanvallon, *Le Peuple introuvable*.

I Die Überwachungsdemokratie



Der Begriff der Überwachungs- und Zensurmacht hat eine lange Geschichte. Schon in den Anfängen der Französischen Revolution wurde die Notwendigkeit heraufbeschworen, auf eine solche Macht zurückzugreifen, um dem Hang der Repräsentanten entgegenzuwirken, sich zu verselbstständigen und, nach dem berühmten Wort Mirabeaus, in »eine Art De-facto-Aristokratie« zu verwandeln. Ein Mitglied der Konstituante sprach in diesem Sinne vom »Bedarf der Nation nach einem Wächter über die Repräsentanten eben dieser Nation«.¹ »Freunde der Freiheit, möge eine ständige Aufsicht uns vor den Gefahren schützen, denen wir ausgesetzt wären, läge unser Schicksal gänzlich in den Händen unserer Minister«, mahnte seinerseits der streitbare Leitartikler von *La Bouche de fer*.² Eine einflussreiche Schriftstellerin der Zeit drückte es in ähnlichen Worten aus: »Die Repräsentativregierung wird bald die korrupteste aller Regierungen sein, wenn das Volk aufhört, seine Repräsentanten zu kontrollieren.«³ Das wachsame Auge des Volkes trat in diesem Zusammenhang als zentrales Thema der revolutionären Ikonografie in Erscheinung. Man fand es auf Medaillen oder Siegeln, es bildete ein allgegenwärtiges Motiv in den unzähligen allegorischen Darstellungen der Volksmacht, in denen sich der Zeitgeist spiegelte. Man erwartete von dieser beaufsichtigenden Gegenmacht, dass sie das Versagen des Repräsentativsystems kompensiert, dass sie hilft, die Enttäuschungen zu überwinden, die aus den Schwierigkeiten der Vertrauensbildung erwuchsen. Sie wurde als Mittel verstanden, das Misstrauen zur aktiven demokratischen Tugend zu erheben. »Schmäht mir

1 Archives parlementaires de France (im Folgenden A.P.), 1. Serie, Bd. IX, S. 61.

2 *La Bouche de fer*, Beilage zur Nr. 70, 21. Juni 1791, S. 1.

3 Madame Rolland, Brief vom 31. Juli 1791, in: Landauer (Hg.), Briefe aus der Französischen Revolution, S. 366. Die Franzosen, heißt es weiter, »geben sich ganz dem Vertrauen hin, und auf die Weise richtet man die Freiheit zugrunde. Freilich ist dieses Vertrauen außerordentlich bequem; es entbindet von der Pflicht zu wachen, zu denken und zu urteilen« (ebd.).